

## PRESSEMELDUNG

### Plant die CDU/CSU neue Zwangsdienste für Männer?

Für die CDU/CSU, insbesondere der Jungen Union, ist eine zivile Zwangsdienstpflicht für Männer ein langgehegter Wunsch. Offenbar sieht sie die Zeit dafür nun für reif.

Die Rahmenbedingungen wurden geschaffen. Das neue Referat „Gleichstellungspolitik für Jungen und Männer“ wird zwar der Öffentlichkeit als „Jungenförderung“ verkauft. Tatsächlich ist ein zentraler Schwerpunkt aber die effektivere Nutzung junger Männer als Zivildienstleistende. Als Ansprechpartnerin für diese „Jungenförderung“ in der CDU/CSU-Fraktion wurde mit Dorothee Bär ausgerechnet eine Person ernannt, die auf die Einführung einer neuen Zwangsdienstregelung für Männer auch im zivilen Bereich drängt. Sie verlangte gleich nach der Regierungsübernahme durch Schwarz-Gelb, den Zwangsdiensteinsatz „in Bereichen wie Soziales, Ökologie, Kultur (z.B. Film, Musik), Denkmalpflege, Politik oder Sport...in der allgemeinen ... Dienstpflicht für junge Männer zu bündeln“.

„Jahrzehntelang waren der Politik die Jungen relativ egal“, meint Dr. Bruno Köhler vom Verein MANNdat, „aber ausgerechnet jetzt, da der soziale Bereich über Mangel an Zwangsdienstkräften klagt, findet die Regierung plötzlich ihr Herz für Jungs. Aber nicht etwa in Form einer längst notwendigen Bildungsförderung von Jungen, sondern im effektiveren Zivildienstgebrauch von jungen Männern. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.“

Viele Experten sind schon lange der Auffassung, dass die Wehrpflicht nur noch aus Gründen der Zivildienstleistungsarbeitskräfte im sozialen Bereich aufrecht erhalten wird. Kritik an der Verkürzung der Wehrpflicht kam deshalb auch vorwiegend aus dem sozialen Bereich, dem billige Arbeitskräfte verloren gehen. Der Zwangsdienst junger Männer im zivilen Bereich ist bislang nur als Ersatzdienst für die Wehrpflicht gedacht. Momentan ist Zwangsarbeit von Männern im zivilen Bereich noch ebenso verboten wie die Zwangsarbeit von Frauen.

Anfragen von MANNdat an die von CDU/CSU und FDP aber auch an die Opposition, zumindest von SPD und Linken, zum Thema „Zwangsdienste für Männer“ blieben durchweg unbeantwortet. Lässt sich die Opposition von der CDU/CSU/FDP zu einem Kuhhandel überreden?

MANNdat e.V. ist ein bundesweit tätiger Verein, dessen Ziel es ist, Benachteiligungen von Jungen und Männern bekannt zu machen und zu beseitigen. MANNdat e.V. bietet auf seiner Internetpräsenz umfassendes Informationsmaterial und detailliertes Hintergrundwissen zu jungen- und männerpolitischen Themen wie Jungenarbeit, Jungenförderung, "Väter und Beruf" oder Männergesundheit.

MANNdat e.V. erkämpfte die gleichberechtigte gesetzliche Hautkrebsfrüherkennung für Frauen und Männer! MANNdat e.V. erwirkte die Thematisierung von Jungenförderung auf politischer Ebene in Hamburg.

**MANNdat e.V.**

- Geschlechterpolitische Initiative –

[info@mandat.de](mailto:info@mandat.de)

<http://www.mann-dat.de>

Registernummer: VR-7106 Amtsgericht Stuttgart

Fon: +49 6233 239 00 43 Fax: 03222 247 100 8

**Postfach 60 14 05, 22214 Hamburg**

**Unsere Arbeit lebt von Ihren Spenden.**

**Spendenkonto Postbank Stuttgart - Nr.: 323 35-709 (BLZ 600 100 70) Stichwort "Spende für MANNdat"**